

AußenwirtschaftsNews – USA

05/2024

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA sowie Mittel- und Osteuropa.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2024 mit einer Jahresrate von 1,6 Prozent. Die Wirtschaft hat sich seit Ende letzten Jahres deutlich verlangsamt – ein Zeichen dafür, dass das Land möglicherweise in eine moderatere Wachstumsphase eintritt. Analysten hatten für das erste Quartal ein Wachstum von 2,5 Prozent erwartet. Dämpfend wirkten ein Abbau der Lagerbestände sowie ein Anstieg der Importe.
- Die Verbraucherausgaben stiegen im ersten Quartal auf Jahresbasis um 2,5 Prozent, was einer leichten Abkühlung gegenüber den 3,3 Prozent im Vorquartal entspricht. Die Wohnungsbauaktivität erholte sich deutlich: Die Wohnbauinvestitionen stiegen im ersten Quartal 2024 um 14 Prozent, verglichen mit 2,8 Prozent im Schlussquartal 2023.
- Die Einzelhandelsumsätze stiegen im März um 0,7 Prozent, die Zahlen der Vormonate fielen besser aus als ursprünglich angenommen. Im Februar stiegen die Einzelhandelsumsätze um 0,9 Prozent – 0,3 Prozentpunkte mehr als zunächst geschätzt. Die Beschäftigungszuwächse und das Lohnwachstum verschaffen den Verbrauchern das nötige Einkommen, um ihre Ausgaben weiterhin zügig voranzutreiben.
- Die Einstellung von Angestellten stagniert in weiten Teilen der USA. Branchen wie Finanzen, Technologie und Medien sowie professionelle Dienstleistungen wie Recht und Buchhaltung stellen eine Schwachstelle in einem ansonsten starken Arbeitsmarkt dar – die landesweite Arbeitslosenquote liegt seit mehr als zwei Jahren unter 4 Prozent.
- Die Aussichten auf eine erste Zinssenkung der US-Notenbank Federal Reserve vor dem Ende des Sommers haben im April einen Rückschlag erlitten, als ein US-Inflationsbericht die Hartnäckigkeit des Preisdrucks in der gesamten US-Wirtschaft deutlich machte. Nachdem man sich auf den Beginn einer geldpolitischen Lockerung der Fed im Juni eingestellt hatte, setzt man nun auf die Fed-Sitzung Mitte September für eine erste Zinssenkung. Angesichts der Tatsache, dass die US-Wirtschaft so robust ist, werden Zinssenkungen aber womöglich noch weiter nach hinten verschoben.

2 Handelspolitik

- Im ersten Quartal 2024 lösten die USA China als wichtigsten Handelspartner für Deutschland ab. Das Handelsvolumen mit den USA summierte sich von Januar bis März auf gut 63 Milliarden Euro. Die Volksrepublik China lag mit 60 Milliarden Euro knapp dahinter.
- Die Biden-Regierung kündigte an, die [Schutzzölle für bestimmte Produkte aus China](#) anzuheben:

Produkt	Bisheriger Zoll	Neuer Zoll	Gültig ab
Stahl- und Aluminium	0-7,5 %	25 %	2024
Halbleiter	25 %	50 %	2025
Elektrofahrzeuge	25 %	100 %	2024
Lithium-Ionen Batterien für Elektrofahrzeuge	7,5 %	25 %	2024
Lithium-Ionen Batterien für andere Verwendungen	7,5 %	25 %	2026
Batterieteile	7,5 %	25 %	2024
Graphit und Permanentmagneten	0 %	25 %	2026
Andere kritische Rohstoffe	0 %	25 %	2024
Solarzellen (unmontiert und montiert in Modulen)	25 %	50 %	2024
Hafenkräne	0 %	25 %	2024
Ausgewählte Medizinprodukte (Spritzen, Nadeln, Gesichtsmasken, medizinische Handschuhe)	0-7,5 %	25 % / 50 %	2024-2026

Mit den Zollerhöhungen wollen sich die USA zum einen gegen Wettbewerbsverzerrungen wehren. Zum anderen sollen Lieferketten stabilisiert und kritische Abhängigkeiten verringert werden. Über das [USTR Comments Portal](#) können vom 29. Mai bis 28. Juni Kommentare eingereicht werden.

- Die Biden-Regierung kündigte am 01. Mai fast 300 neue Sanktionen gegen Einzelpersonen und Firmen an, die für Militärtechnologien verwendbare Teile nach Russland liefern. Darunter sind Unternehmen aus Aserbaidschan, Belgien, China, Russland, Türkei und Vereinigte Arabische Emirate. Welche Unternehmen von den USA sanktioniert werden, kann über das [Office of Foreign Assets Control](#) geprüft werden.

3 Allgemeine Politik

- Der Anteil der Wähler, die angeben, großes Interesse an der Wahl 2024 zu haben, ist mit 64 Prozent auf den tiefsten Stand seit fast 20 Jahren gefallen. Das ist weniger als das, was die Umfrage von NBC News zu diesem Zeitpunkt bei den Präsidentschaftswahlen 2008 (74 Prozent), 2012 (67 Prozent), 2016 (69 Prozent) und 2020 (77 Prozent) zum selben Zeitpunkt ergab. Die Umfrage zeigt auch, dass Trump unter den registrierten Wählern in einem direkten Duell mit 46 Prozent zu 44 Prozent knapp zwei Punkte vor Biden liegt – ein Rückgang gegenüber Trumps 5-Punkte-Vorsprung im Januar, der bei 47 Prozent zu 42 Prozent lag.
- Laut der jüngsten Umfrage von Bloomberg News/Morning Consult (24. April 2024) hat der tiefe und anhaltende Pessimismus der Wähler hinsichtlich der US-Wirtschaft den Anstieg der Unterstützung, den der Präsident nach seiner lebhaften Rede zur Lage der Nation erhielt, weitgehend zunichte gemacht. In den Swing States, die für die Wahl im November von entscheidender Bedeutung sind, liegt Biden jetzt nur noch in Michigan vor Donald Trump. In Pennsylvania und Wisconsin ist er hinter den ehemaligen Präsidenten zurückgefallen und in Georgia, Arizona, Nevada und North Carolina ist sein Defizit gewachsen.
Während Ökonomen ihre Prognosen für das US-Wachstum, die Verbraucherausgaben und den Arbeitsmarkt angehoben haben, konnte Biden diese Botschaft nicht vermitteln. Stattdessen sieht eine Mehrheit der Swing-State-Wähler eine schwierige Wirtschaft vor sich.
Schuld daran sind die Inflation und höhere Zinsen. Tatsache ist, dass viele Dinge des täglichen Bedarfs mehr kosten als zu Bidens Amtsantritt. Und obwohl sich das Tempo der Inflation etwas abgeschwächt hat, geht eine Mehrheit davon aus, dass es schlimmer werden wird. Die Hälfte gibt an, dass sie mit steigenden Kreditkosten rechnen.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.